

PRÄSIDENTENKONFERENZ Abschrift

DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICHSAb sofort erreichen Sie uns unter
der neuen Telefonnummer 53 441An das
Bundesministerium für InneresPostfach 100
1014 Wien

Wien, am 20.4.1988

Ihr Zeichen/Schreiben vom:
94 103/138-III/5/87 4.3.1988Unser Zeichen:
LB-488/Pf/K11

GESETZENTWURF	
21	23-GE 9 PP
Datum: 26. APR. 1988	
Verteilt: 27. APR. 1988	

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Zivildienstgesetz
geändert werden soll (ZDG -
Novelle 1988)

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Öster-
reichs beehrt sich, dem Bundesministerium für Inneres fol-
gende Stellungnahme bekanntzugeben:

Zu Z 1 (§ 3 Abs 2):

Die Präsidentenkonferenz spricht sich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Streichung land- und forstwirtschaftlicher bzw. ökologischer Einsatzgebiete aus der demonstrativen Aufzählung aus. Angesichts des besorgniserregenden Fortschreitens des Waldsterbens muß in Zukunft mit einer Zunahme der Waldschäden, einem zunehmenden Bedarf an Lawinnenverbauungen, Wildbachverbauungen und sonstigen wasserbaulichen Maßnahmen gerechnet werden. Ein Ansteigen der Zuweisungen in diesen land- und forstwirtschaftlichen bzw. ökologischen Bereichen ist daher durchaus wahrscheinlich, eine Streichung dieser Gebiete erscheint trotz derzeit geringer Zuweisungen nicht angebracht. Darüber hinaus wird angeregt, in die demonstrative Aufzählung von Zuweisungsreichen für Zivildienstler auch Tätigkeiten von landeskultu-

- 2 -

reller Bedeutung (z.B. Dorferneuerung) im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft aufzunehmen. Tätigkeiten in diesem Bereich könnten jedenfalls im Sinne des § 3 Abs 1 als Dienstleistungen angesehen werden, die dem allgemeinen Besten dienen.

Zu Z 8 (§ 8a):

Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft werden derzeit Zivildienenr überwiegend in der Sozialhilfe, und zwar in der land- und forstwirtschaftlichen Betriebshilfe eingesetzt. Durch den Einsatz von Zivildienenr wird hierbei die Weiterföhrung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ermöglicht, deren Leiter unvorhergesehener Weise durch Krankheit oder Unfall ausgefallen ist. Die kurzfristige Abstellung eines derartig eingesetzten Zivildienenr gemäß Abs 1 Z 2 könnte für die betroffene bäuerliche Familie zu existenzgefährdenden Härten föhren. Die Präsidentenkonferenz äußert daher Bedenken gegenüber der generellen Formulierung von Abs 1 Z 2 und fordert die Ausnahme von Zivildienenr, die in der land- und forstwirtschaftlichen Betriebshilfe zur Existenzsicherung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe eingesetzt worden sind.

Zu den Z 31 u. 33 (§§ 37b u. 37d):

Die in den Entwurf neu aufgenommene Vertretung der Zivildienenr durch einen Vertrauensmann wird beim Zivildienst in der Landwirtschaft erhebliche organisatorische Probleme mit sich bringen.

Die größte Einrichtung in der Land- und Forstwirtschaft, der Zivildienenr zugewiesen werden, hat derzeit z.B. 15 anerkannte Zivildienstplätze. Wegen fehlender geeigneter Zivildienenr konnten diese Plätze bisher nur zum Teil ausgenützt werden. Die Zivildienenr sind in der Land- und Forstwirtschaft nicht in Gruppen, sondern einzeln auf Betrieben

- 3 -

in Einsatz, die über ein ganzes Bundesland verstreut sind. Eine direkte Kontaktierung des Vertrauensmannes ist daher problematisch und führt zu einem unverhältnismäßig großen administrativen Aufwand.

Da die neu eingeführte Regelung sich an § 50 des Arbeitsverfassungsgesetzes, an den §§ 5 bis 8 des Bundes-Personalvertretungsgesetzes und an § 47 Abs 1 des Wehrgesetzes 1978 orientiert, also offensichtlich für eine größere Anzahl von Personen eine Vertretung durch Vertrauensmänner vorgesehen werden soll, hält die Präsidentenkonferenz eine Abstandnahme vom vorgeschlagenen Text, zumindest aber eine Einschränkung in der Anwendung für erforderlich.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs spricht sich daher dafür aus, daß § 37b, Abs 2 in geeigneter Form dahingehend ergänzt wird, daß diese Bestimmung auch generell auf Zivildienstleistende in der land- und forstwirtschaftlichen Betriebshilfe angewendet wird.

- - - - -

Das Präsidium des Nationalrates wird von dieser Stellungnahme durch Übersendung von 25 Exemplaren in Kenntnis gesetzt.

Der Präsident:
gez.ÖkR.Ing.Derfler

Der Generalsekretär:
gez.Dr.Korbl